DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Einkommensrunde 2009 im Bereich der Länder

Acht Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr, wollen die Gewerkschaften in der anstehenden Einkommensrunde für die rund zwei Millionen Beschäftigten bei den Ländern durchsetzen. Das beschlossen die Gremien des dbb beamtenbund und tarifunion am 9. Dezember 2008 in Berlin. Die Entgelte der Auszubildenden sollen um 120 Euro angehoben und eine verbindliche Übernahmeregelung nach der Ausbildung vereinbart werden. Zudem fordern die Gewerkschaften die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf Beamte und Versorgungsempfänger. Der Vertrag soll eine Laufzeit von zwölf Monaten haben.

Festzustellen ist, dass die Bezahlung der Arbeitnehmer und Beamten in den Ländern von der Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft und vom öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen nachhaltig abgekoppelt ist. Insbesondere in den vergangenen Jahren haben Arbeitnehmer und Beamte in den Ländern durch geringe Einkommenszuwächse und zusätzliche Sonderbelastungen einen hohen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten müssen. Diese langjährige Politik der Einkommenseinbußen muss nun auch in den Bundesländern gestoppt werden.

Der zu Beginn des Jahres 2009 festzustellende Einkommensrückstand von mehr als fünf Prozent der Landesbeschäftigten gegenüber den Beschäftigten von Bund und Kommunen muss beseitigt werden. Es darf in Deutschland keinen öffentlichen Dienst erster und zweiter Klasse geben.
Besonders hart betroffen von diesem Einkommensrückstand sind die unteren Einkommensgruppen. Aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten muss für diese Menschen ein sozialer Ausgleich geschaffen werden.

Ein funktionierender Staat und ein effizienter Dienstleister für die Bürger sind nur mit einem starken und motivierten öffentlichen Dienst sicher zu stellen. Der öffentliche Dienst in den Bundesländern steht u. a. für Sicherheit, Rechtsprechung, Forschung, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Pflege, Winterdienst auf unseren Straßen und die Bereitstellung von Infrastruktur durch eine moderne Verwaltung.

Dieser leistungsfähige öffentliche Dienst in den Bundesländern darf nicht geschwächt, sondern muss stark und zukunftssicher gestaltet werden.

Deshalb fordert der dbb beamtenbund und tarifunion im Rahmen der Einkommensrunde 2009 für alle Beschäftigten der Bundesländer

- **eine lineare Erhöhung der Einkommen um 8%,**
- **mindestens einen Betrag von 200 € pro Monat,**
- **die Verlängerung des Überleitungsrechts,**
- **monatlich 120 € mehr für Auszubildende sowie die Übernahme aller Auszubildenden im Bereich der Länder**
- **Die tarifvertragliche Laufzeit soll ein Jahr betragen.**

Der dbb erwartet, dass das Tarifergebnis in allen Bundesländern zeit- und inhaltsgleich auf Beamte und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen übertragen wird. Er unterstützt seine Landesbünde in dem Bemühen, gegebenenfalls weitere Ausgleichsmaßnahmen durchzusetzen.

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft, Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin – 09. Dezember 2008